61. Jahrgang No. 563

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Dienstag, 2. Dezember 1913

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung und
farbig illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends. **Abonnementspreis** in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Sachsen u. Herzogt. Anhalt **20 Pf. wöchentl.** bzw. **85 Pf. monatl.** frei ins Haus, vierteljährl. M. 2.55. **Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post:** monatlich 90 Pf. und vierteljährl. M. 2.70. — **Insertionspreis** für die Zeile 50 Pf., Stellenangebote und Gesuche 40 Pf. Kleine Anzeigen: das Wort 8 Pf., jedes fettgedruckte Wort kostet 15 Pf. — Redaktion und Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Strasse 46-49. Tel.: Amt Zentrum, Nr. 10131–10142.
Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin SW.

Filialen: Prinzenstr. 41, Wiener Str. 1-6, Frankfurter Allee 81-83, Grosse Frankfurter Str. 31, Preussische Allee 64, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Schulzendorfer Str. 27, Badstr. 56, Königstr. 56-57, Rosenthaler Str. 48, Rathenowerstr. 3, Potsdamer Str. 35, Leipziger Str. 103, Blücherstr. 69, Charlottenburg: Tauentzienstr. 5, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39, Friedenau: Rheinstr. 19; Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 130; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Pankow: Berliner Str. 41; Reinickendorf-West: Berlinerstr. 1-3, Neukölln: Berliner Str. 43, Steglitz: Albrechtstrasse 1; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9, Tempelhof: Berliner Strasse 147; Wilmersdorf: Uhlandstrasse 96-99, Brandenburg: Steinstrasse 1, Frankfurt a. O.: Regierungsstrasse 8, Potsdam: Brandenburger Str. 23, Spandau: Breite Str. 47.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Vertrauensvotum für das Kabinett Barthou.

(Telegraphischer Bericht.)

Paris, 1. Dezember.

In der Deputiertenkammer erklärte der Präsident in der Vormittagssitzung trotz einiger Widersprüche den Schluß der allgemeinen Debatte über den Anleiheentwurf. Finanzminister Dumont behielt sich vor, alle nötigen Erklärungen im Laufe der Erörterungen über die einzelnen Artikel abzugeben. Magniaudé (sozialistisch-radikal) begründete einen Antrag, die Abstimmung über die Paragraphen des Anleiheentwurfs hinauszuschieben, um schleunigst in die Diskussion über die Kapitalsteuer eintreten zu können. Magniaudé erinnerte an die deutsche Vermögenssteuer und fragte, ob der Patriotismus der Kammer in finanzieller Beziehung nicht auf der Höhe desjenigen des deutschen Parlaments sei. (Vereinzelter Beifall auf der linken Seite des Hauses.) Finanzminister Dumont erklärte, die Behörden seien nicht darauf vorbereitet, eine solche Steuer sofort anzuwenden, die übrigens erst in einiger Zeit bewilligt werden könnte. Der Minister fügte hinzu, man müßte einen besonderen Apparat schaffen, um Hinterziehungen zu verhindern, denn das bewegliche Vermögen Frankreichs, in dem sich eine große Anzahl fremder Werte befänden, könne nicht ebenso betrachtet werden, wie dasjenige Englands und Deutschlands. Daher sprach sich Dumont gegen den Vertagungsantrag aus. Magniaudé zog hierauf seinen Vertagungsantrag zurück. Die Kammer beschloß, zur Erörterung der einzelnen Anleiheparagraphen überzugehen, und stimmte entsprechend dem Wunsche der Regierung und der Kommission mit 362 gegen 190 Stimmen für Abzweigung des Gegenantrages Magniaudé, der eine progressive Steuer auf erworbenes Vermögen zum Zwecke der nationalen Verteidigung fordert.

Die Kammer trat in die Diskussion über den Artikel 1 des Kommissionsantrages ein, der die Anleihe auf einen

Betrag von 900 Millionen Francs

festsetzt. Der Abgeordnete Emmanuel Brousse trat für einen Zusatzantrag ein, durch den der Betrag der Anleihe auf 1 676 000 000 Francs festgesetzt wird. Brousse erklärte, die Ausgaben für Marokko seien außerordentliche militärische Ausgaben und müßten daher in die Anleihe mit einbezogen werden. Brousse erinnerte an die Worte, die Caillaux vor drei Jahren gesprochen hatte, Marokko sei der schönste Edelstein in der Krone der französischen Kolonien. Diesen Edelstein müsse man bezahlen, wie man die Ausgaben für Madagaskar und Tonkin bezahlt habe. Brousse bemerkte ferner, die von Caillaux und Noulens gerühmte Lösung, zu einer Ausgabe von 400 Millionen Francs kurzfristiger Obligationen zu greifen, käme der Auflegung einer Anleihe von 400 Millionen Francs gleich. In dem Budget von 1914 würde sich ein Defizit von 800 Millionen Francs ergeben, wenn man nicht mindestens 1500 Millionen Francs aufnehmen würde.

In der Nachmittagssitzung erklärte Finanzminister Dumont, von den noch aufzubringenden 700 Millionen Francs schlage die Regierung vor, 300 Millionen durch Steuern und 400 Millionen durch Anleihe zu decken. Die Aufnahme von 400 Millionen in Schatzscheinen mit kurzer Laufzeit nach dem Antrag der Budgetkommission glaube die Regierung nicht verantworten zu können. Die Balkankrise habe die größte Geldbewegung bewirkt, die Europa jemals erlebt hätte; die schwebenden Schulden aller europäischen Staaten zusammen hätten am 1. April 1912 4 Milliarden Francs betragen, heute seien sie doppelt so hoch. Alle Staaten hätten Schatzscheine mit hohem Zinsfuß emittieren müssen; Preußen habe eine Anleihe von 775 Millionen Francs aufnehmen wollen, aber

286 Millionen davon seien nicht unterzubringen gewesen;

jetzt habe es 75 Millionen zu 5½ Prozent begeben, und die Banken könnten dies Papier noch nicht placieren. Auch Frankreich würde Obligationen mit kurzer Laufzeit nur zu 4 oder 4½ Prozent unterbringen können. Vielmehr müsse man sich an das große Publikum wenden, das den französischen Anleihen zur Verfügung stünde und an sein Vertrauen appellieren, um Geld zu etwa 3½ Prozent zu bekommen. Gerade nach Frankreich würden alle Geldbedürfnisse sich wenden, deshalb müsse die Republik selbst zuerst zugreifen, um noch einen Zinsfuß zu erlangen, den nur sie beanspruchen könne.

Zum Schluß erinnerte der Minister an die von mehreren Deputierten ausgesprochene Befürchtung, daß auch eine Anleihe von 1300 Millionen noch nicht genügen werde, entnahm der Abstimmung des Vormittags den Beweis, daß 360 Deputierte für die Anleihe seien und erklärte, daß er zur Stärkung des Staatsschatzes das Amendement Emanuel Brousse annehme. (Beifall im Zentrum und auf verschiedenen anderen Bänken, Lärm auf der äußersten Linken.)

Ein Zwischenfall.

Am Schlusse der heutigen Vormittagssitzung der Deputiertenkammer ereignete sich in den Wandelgängen ein Zwischenfall zwischen Briand und Caillaux. Briand unterhielt sich mit einigen Kollegen und gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß er gestern in einer Versammlung der radikalen Partei von Caillaux in einer Rede angegriffen worden sei. Obwohl Briands Name nicht genannt worden sei, so glaube er doch, daß Caillaux auf ihn angespielt habe, als er von Einschläferern sprach, die keiner Partei angehörten, weil sie von Einschläferern sprach, die keiner Partei angehörten, weil sie sich alle untertan machen wollten. In diesem Augenblick kam Caillaux hinzu und grüßte Briand. Dieser antwortete kühl: „Ich bin wohl der Einschläferer und Egoist?" Caillaux erwiderte: „Ich habe Sie nicht genannt, Sie haben sich also selbst erkannt." „Vollkommen," sagte Briand; „im übrigen werde ich Ihnen in St. Etienne antworten und vielleicht auch anderswo, ich habe interessante Dinge zu erzählen." Darauf zog sich Caillaux mit den Worten zurück: „Wie es ihnen beliebt." Briand ging ihm nach und sagte: „Jawohl, ich habe genug von dieser Kampagne, in gewissen Blättern läßt man Artikel erscheinen, in denen behauptet wird, wir seien vollständig einer Meinung, und dann versetzt man mir hinterrücks Dolchstiche, bin ich der Egoist? Ich war es doch nicht, der beim Rücktritt vom Amt verschiedene Verwaltungsstellen angenommen hat." Briand fügte hinzu, indem er die Hand öffnete: „Sie sehen diese Hand, Sie werden sehen, daß sie auch scharf zuzuschlagen versteht." Der Zwischenfall wurde lebhaft erörtert.

Die Kammer stimmte mit 291 gegen 270 Stimmen für eine Anleihe von 1300 Millionen, wegen der die Regierung die Vertrauensfrage gestellt hatte.

Der Reichstag und Zabern.

Die Parteien und die militärischen Ungesetzlichkeiten. — Die konservative Militärfrömmigkeit als Haß gegen die Verfassung. — „Wackes".

Ueber die Ansichten und Stimmungen, die in Reichstagskreisen über die Vorgänge in Zabern herrschen, ist, wie wir hören, folgendes festzustellen:

Die Verhaftung einer größeren Anzahl Zaberner Bürger durch das Militär war durchaus ungesetzlich. Das ist, wenn man von der äußersten Rechten absieht, die allgemeine Auffassung. Die hervorragendsten Rechtsgelehrten des Zentrums begegnen sich in diesem Punkte mit denen der Linken. Das Auftreten des Militärs in Zabern wird auf das tiefste beklagt. Auch darüber bestehen, wenn man abermals die Stockkonservativen außer acht läßt, keine Meinungsverschiedenheiten. Verschiedene, an Reichstagsmitglieder gelangte Kundgebungen aus dem Elsaß, die zum Teil von Altdeutschen herrühren, deren nationale Gesinnung selbst den Beifall von Alldeutschen erhalten würde, geben ihrem Bedauern über das Auftreten des Militärs rückhaltlos Ausdruck.

Zu der Ansicht, daß die Militärverwaltung bei den Zaberner Vorgängen gefehlt habe, gesellt sich die Annahme, daß auch die Zivilverwaltung von Schuld freizusprechen sei; vor allem deshalb, weil sie — so meint man besonders in Zentrumskreisen — ihren Standpunkt gegenüber der Militärverwaltung nicht mit der nötigen Entschiedenheit vertreten habe. Ein Personenwechsel in der einen wie in der anderen Verwaltung wird von vielen Reichstagsmitgliedern als unumgänglich gehalten.

Die militärfrommen Konservativen wollen natürlich nur in der Zivilverwaltung neue Männer sehen; auf der Linken und im Zentrum verlangt man vor allem einen Wechsel auf dem Posten des kommandierenden Generals und des Kommandeurs des in Zabern liegenden Regiments.

Ein Teil der Nationalliberalen stimmt mit der Rechten darin überein, daß es ein schwerer Fehler gewesen sei, elsässische Rekruten in ihrer Heimat dienen zu lassen, daß die kaiserliche Verfügung, die dies gestattete, aufgehoben oder mindestens eingeschränkt werde, erhoffen und erwarten diese Kreise. Ueberall aber wird der Zaberner Fall sehr ernst beurteilt.

Auf der Linken und im Zentrum meint man, daß die Stellung des Reichskanzlers durch diese Vorgänge ernstlich erschüttert werden könne. Man ist überzeugt, daß die Konservativen, die auf den Sturz des Herrn v. Bethmann Hollweg sinnen und darauf unermüdlich hinarbeiten, den Fall gründlich gegen den Reichskanzler, sei es im Reichstage, sei es bei Hofe, ausnutzen werden.

Als ausgemacht gilt es endlich vielen — und auch hier stimmen die Ansichten der Linken mit denen des Zentrums vielfach überein, — daß es die Militärverwaltung darauf angelegt habe, die ersten Unruhen in Zabern zum Anlaß zu nehmen, um ihren Streit mit der Zivilverwaltung im Elsaß zum Austrag zu bringen. Die Militärverwaltung ihren Aufgaben nicht gewachsen sei.

Das ist in großen Zügen das Bild, das man sich im Reichstage von den Zaberner Vorgängen macht. Wie wir diese Vorgänge beurteilen, haben wir schon wiederholt und mit aller Deutlichkeit ausgesprochen. Eins tut vor allem not: die Militärdiktatur muß beseitigt, der Säbelherrschaft muß ein Ende gemacht werden. Sobald dies geschehen ist, kann man weiter prüfen, was in den Reichslanden verbesserungsbedürftig ist.

*

Ueber die konservative Wühlarbeit,

die seit langem gegen die reichsländische Verfassung sich richtet und die natürlich unter vollster Billigung der gesetzwidrigen Militärdiktatur eifrig am Werke ist, die beschämenden Vorgänge in Zabern für ihre dunklen Zwecke auszubeuten, gibt die aus konservativen Quellen gespeiste parlamentarische „Korrespondenz Woth" erfreulicherweise, wenn auch unfreiwillig, Aufschluß. Sie ist eifrig bemüht, das allen Gesetzen Hohn sprechende Verhalten des Militärs mit einer „sorgfältigen Vorbereitung der Exzesse" (!!) zu motivieren und fährt dann fort:

Man wird jetzt, nachdem die Sache soweit gediehen ist, sie nicht mehr als eine lokale behandeln können, sondern wird Aufschluß darüber verlangen müssen, ob die Gerüchte von Differenzen zwischen dem Statthalter und dem kommandierenden General, über Quertreibereien in der Statthalterei selbst (??) zutreffen, ob tatsächlich, wie behauptet wird, Zustände herrschen, die ein gedeihliches Zusammenwirken der Behörden ausschließen. Das Militär in den Reichslanden wird vielfach von dem Gefühl beherrscht, daß seit der Schaffung einer eigenen Verfassung (!!) in den Reichslanden Kräfte wirken, die für das Gedeihen des Reichslandes verhängnisvoll sind, und daß die Statthalterei diesen Dingen nicht genügend ihre Aufmerksamkeit zuwendet. Unter diesen Umständen können aus den lokalen Zaberner Zwischenfällen in kurzer Zeit recht unerquickliche Situationen für das gesamte Reichsland erwachsen, namentlich im Hinblick auf die immer mehr zunehmende Preßhetze der französischen Zeitungen. Die bisherige Untersuchung in Zabern hat ergeben, daß eine künstliche Beeinflussung der Massen versucht und erreicht worden ist, und zwar von Personen, die schon lange auf Zusammenstöße hinarbeiten. Der Fall Forstner war diesen Herren sehr willkommen. Es soll nicht behauptet werden, daß die Militärbehörde in Zabern keine Fehler gemacht hat. Sollten solche Fehler tatsächlich vorgekommen, so werden sie ihre Sühne finden, ebenso wie Exzesse der Zivilbevölkerung und Ausschreitungen gegen Offiziere mit starker Hand unterdrückt werden müssen.

Gut gebrüllt! „Lange auf Zusammenstöße hingearbeitet" — diese Verdächtigung nach dem berüchtigten Kreuzzeitungsrezept aus dem Jahre 48 haben wir schon lange erwartet. Es liegt System in der Sache! Die Zivilverwaltung des Grafen Wedel hat diesen Phantasiegebilden der „nationalen", das heißt reaktionären Hetzer nicht die genügende Aufmerksamkeit gewidmet; darum muß die Verfassung, die — furchtbar zu denken — unter der Mithilfe der Sozialdemokraten zustande gekommen ist, zerschlagen und durch die Militärdiktatur ersetzt werden! Und zu diesem Zwecke muß die Bevölkerung von Zabern durch das provozierende Auftreten der jüngsten Leutnants mit ihrer Bedeckung bis aufs Blut gereizt werden.

Wird der Reichskanzler dieses Spielen mit dem Staatsstreich noch lange dulden? Der General v. Deimling weilt in Berlin, er hat der gestrigen Sitzung des Reichstages beigewohnt. Herr v. Bethmann Hollweg hat also die beste Gelegenheit, den politisierenden General Auge in Auge klar zu machen, was im Deutschen Reiche das Militär zu tun und was es zu unterlassen hat.

Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft.

Zabern, 1. Dezember.

Heute abend um 7 Uhr traf hier Generalmajor Kühne, Kommandeur der 30. Feldartilleriebrigade in Straßburg, ein und begab sich alsbald zur Kaserne. Die Mehrzahl der am Freitag von Militärpatrouillen Verhafteten, bis jetzt zwanzig an der Zahl, hat bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige wegen ungesetzlicher Festnahme erstattet, außerdem ist von diesen eine Reihe von Zivilklagen anhängig gemacht betreffend Schadenersatz durch den Militärfiskus.

*

Der Kreisdirektor gegen das Militär.

Der nach Zabern entsandte Spezialberichterstatter des „Berl. Tageblatts" berichtet:

Zabern, 1. Dezember. (Privattelegramm.)

Ich hatte heute eine Unterredung mit dem Kreisdirektor Mahl, der mich ermächtigte, zu erklären, daß er im vollen Einverständnis mit dem Statthalter und mit dem Unterstaatssekretär Mandel seine Schutzmaßnahmen zugunsten des Zivils getroffen habe. Natürlich müßten alle Militärpersonen gegen Beleidigung geschützt werden. „Ich habe darum," so fuhr Herr Kreisdirektor Mahl fort, „auch 14 Gendarmen in Zabern zusammengezogen, trotzdem ich es an und für sich nicht für nötig hielt, um auf alle Fälle die Ordnung aufrecht erhalten zu können. Gleichwohl wurden gestern wieder Militärpatrouillen ausgesandt, die auch erneute Verhaftungen vornahmen. Ich ersuchte den Oberst wiederholt dringend, die Polizei mir zu überlassen." Ob die militärischen Maßnahmen in der Kabinetsorder von 1820 eine rechtliche Stütze finden, ist nach der Ansicht des Kreisdirektors strittig. Der Kreisdirektor hat ein weiteres Ersuchen an den Oberst v. Reutter gerichtet, die verhafteten Personen sofort auf der Polizeiwache abzuliefern und nicht in die Kaserne zu bringen. Der Kreisdirektor betonte mit besonderem Nachdruck, daß noch nie die altdeutsche und die einheimische Bevölkerung so einig gewesen seien, wie in der Verurteilung des militärischen Vorgehens.

Dieselbe Ansicht bestätigten mir altdeutsche richterliche Beamte. Die drei Verhafteten von gestern wurden durch den Richter heute freigelassen. Für die Nervosität der